

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 20.12.2023
Tagesordnungspunkt: 8. Landtagswahlprogramm 2024

Text

1 Haushalt und Finanzen: Investieren in die 2 Zukunft

3 Die besten politischen Maßnahmen und Konzepte funktionieren nur dann, wenn auch
4 die Finanzierung stimmt. Wir BÜNDNISGRÜNE verfolgen deshalb eine nachhaltige
5 Finanzpolitik – wirtschaftlich sinnvoll, ökologisch verantwortlich und sozial
6 ausgewogen. Unser Ziel: Wir möchten ein Umdenken in der Finanzpolitik des Landes
7 herbeiführen und auf diesem Weg die Schuldenbremse reformieren.

8 Neue Schulden belasten kommende Generationen und dürfen kein Mittel zum bloßen
9 Stopfen von Löchern sein. Mit Augenmaß und einem klaren Zweck jedoch sind sie
10 notwendige Initialzündungen für eine klimafreundliche Zukunft. Diese muss eine
11 Schuldenbremse ermöglichen. Denn gerade die jetzt anstehenden Veränderungen
12 erfordern große Investitionen in Wirtschaft, Verkehr, Energie und Gebäude. Diese
13 Zukunftsinvestitionen müssen schnellstmöglich und mit Nachdruck umgesetzt
14 werden.

15 Hierfür möchten wir einen breit aufgelegten, verfassungskonformen Zukunftsfonds
16 schaffen. Investitionsbedarfe im Land wollen wir endlich genauer und umfassend
17 erfassen. Klimafeindliche Ausgaben des Landes wollen wir sukzessive abbauen und
18 einstellen und stattdessen für Klimaschutz und Strukturwandel einsetzen.
19 Kommunen stärken wir dabei in ihrer finanziellen Handlungsfähigkeit durch einen
20 modernen Finanzausgleich und die konsequente Umsetzung des Konnexitätsprinzips.
21 Auch Investitionen in Bildung, in Migration und soziale Infrastruktur – kurz: in
22 Menschen – müssen priorisiert werden. Sie sind unser Zukunftskapital.
23 Verantwortungsvoll mit unseren Finanzen umzugehen, heißt dabei auch, unseren
24 Fördermittelempfänger über institutionelle oder mehrjährige Förderung Sicherheit
25 zu bieten.

26 Kernziele:

- 27 • Zukunftsfonds für zentrale Zukunftsinvestitionen im Bereich Klimaschutz,
28 Digitalisierung und Bildung verfassungskonform auf den Weg bringen
- 29 • Investitionsbedarfe im Land ehrlich erfassen und angehen
- 30 • Klimaschädliche Subventionen und Investitionen beenden
- 31 • Finanzielle Leistungsfähigkeit der Kommunen sicherstellen
- 32 • Institutionelle Förderung für Projekte, die sich als Daueraufgabe
33 etabliert haben

34 Investitionen in Nachhaltigkeit

35 Klimawandel und Klimaanpassung, der Umbau der Wirtschaft, klimafreundliche
36 Mobilität im ganzen Lande sowie Wärme ohne CO₂-Ausstoß in energetisch
37 ertüchtigten Gebäuden – all dies sind Stichworte für den Weg in ein
38 zukunftsfestes Thüringen. Große Aufgaben erfordern dabei jedoch auch große
39 Investitionssummen. Einen großen Teil der Gelder hierfür möchten wir über einen
40 Zukunftsfonds bereitstellen, um private oder kommunale Investitionen zu
41 flankieren oder anzureizen. Eins ist dabei gewiss: Die Investitionen werden sich
42 auszahlen.

43 Deshalb setzen wir uns ein für:

- 44 • Schwerpunkt auf Investitionen und Zuschüsse mit “doppelter Rendite”, also
45 finanziellem Mehrwert plus nachhaltiger gesellschaftlicher Wirkung
- 46 • Fokus auf Zukunftsinvestitionen und Reform der Schuldenbremse, dadurch
47 mittel- und langfristig Einsparungen für das Land
- 48 • Ehrliche Bestandsaufnahme über Sanierungsstau bei Infrastruktur sowie von
49 nötigen Investitionen für Klimaschutz und -anpassung
- 50 • Überprüfung des Landeshaushalts auf klimaschädliche Subventionen und
51 Zuschüsse und sukzessiver Abbau
- 52 • Einführung eines verfassungskonformen Zukunftsfonds zur Unterstützung von
53 Unternehmen, Kommunen, Energieerzeuger*innen und Bürgergemeinschaften z.
54 B. bei Umstellung auf klimaneutrale Produktionsmittel, bei
55 Vorsorgemaßnahmen zur Abmilderung von Klimafolgen, bei der Produktion
56 klimaneutraler Energie oder bei der Schaffung demokratischer
57 Beteiligungsplattformen in Kommunen

58 Kommunen und zivilgesellschaftliche Projekte bedarfsgerecht 59 finanzieren

60 Unsere Kommunen müssen auch morgen handlungsfähig sein. Doch hierfür benötigen
61 sie genügend Geld. Unter der rot-rot-grünen Landesregierung haben sich die
62 kommunalen Finanzen so gut entwickelt wie noch nie im Freistaat. Doch es warten
63 schließlich auch große Aufgaben auf die Kommunen, welche finanziert werden
64 müssen. Wir setzen uns dafür ein, dass auch Projekte aus der Zivilgesellschaft
65 wie beispielsweise von Bürger*innen und Verbänden hinreichend sicher und
66 verlässlich finanziert werden.

67 Deshalb setzen wir uns ein für:

- 68 • Überführung von langjährig angelegten Projekten in institutionelle
69 Förderung und Erhöhung der Förderdauer bei Projektförderung
- 70 • Moderner sozial-ökologischer kommunaler Finanzausgleich, der besonders die
71 Bereiche Klima, Digitalisierung und Bildung berücksichtigt
- 72 • Stärkung des “Konnexitätsprinzips”, nach dem alle Aufgabenübertragungen an
73 Kommunen angemessen finanziert werden müssen
- 74 • Dialog mit Kommunen zum weiteren Schuldenabbaupfad und
75 Haushaltskonsolidierung für stark verschuldete Kommunen
- 76 • Stärkere Beteiligung der Bürger*innen an Haushaltsgestaltung ihrer Städte
77 und Gemeinde sowie beim Land, Ausweitung der Bürgerhaushalte
- 78 • Abschaffung des Finanztabus bei Volksentscheiden (siehe Kapitel
79 Demokratie)
- 80 • Einführung des Gender Budgeting im Landeshaushalt und Schaffung von
81 Anreizen für Kommunen, dies auch in kommunalen Haushalten einzuführen
82 (siehe Kapitel Gleichstellung)